



Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein  
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

Staatssekretär für Europa  
und Bundesangelegenheiten

An den  
Vorsitzenden des Europaausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Bernd Voß, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

12. März 2012

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, *lieber Herr Voß,*

in der Sitzung des Europaausschusses am 7. März 2012 bat der Ausschuss die Landesregierung um Information über die Ergebnisse des Treffens von Ministerpräsident Carstensen und den Regionalvorsitzenden Carl Holst und Steen Bach Nielsen mit EU-Kommissaren in Brüssel am 5. März 2012. Dieser Bitte komme ich gern nach.

Zusammenfassend kann ich Ihnen berichten, dass die Gespräche in einer offenen und konstruktiven Atmosphäre stattfanden. MP Carstensen konnte erfolgreich die Interessen Schleswig-Holsteins vertreten und für die künftige grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der deutsch-dänischen Region positive Ergebnisse erzielen.

Zu den einzelnen Gesprächen kann ich erläutern:

**Gespräch mit EU-Kommissar Dr. Hahn (KOM):**

Einleitend stellte MP Carstensen kurz die gemeinsamen historischen Erfahrungen Schleswig-Holsteins und Dänemarks dar.

Er wies auf die gewachsene erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und vor allem Süddänemark in den vergangenen 7 Jahren mit dem Ziel der Etablierung einer Wirtschafts- und Arbeitsunion hin (u. a. Anstieg der Pendlerzahlen von 1000 auf über 16000). Diese Zusammenarbeit habe Modellcharakter für ganz Europa. Wichtig seien Windenergie, erneuerbare Energien, Tourismus-, Kultur-, Infrastrukturprojekte.

KOM betonte die Premiere, dass ein Ministerpräsident und zwei Regionsvorsitzende bei ihm seien, und stellte kurz den Vorschlag zur künftigen ETZ-Verordnung vor. Er bat die Anwesenden, bei ihren nationalen Regierungen für die vorgesehene Mittelsteigerung um 34 % zu werben. Unterstützung sei bislang von Skandinavien gekommen. Sollte gekürzt werden, müsse linear gekürt werden. KOM erinnerte daran, dass zunächst der Beschluss über die Finanzielle Vorausschau gefasst werden müsse, bevor über die Mittelverteilung in den einzelnen Politikbereichen entschieden werden könne (Zieldatum Ende 2012). Im Sommer oder Herbst werde die KOM die Verhandlungen mit den Regionen beginnen. Dann hätten die Regionen im Jahr 2013 ausreichend Zeit, die neue Programmperiode vorzubereiten. KOM zeigte sich zu geplanten Infrastrukturprojekten in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zurückhaltend (Budget nicht ausreichend, hierfür Connecting Europe Facility mit den Säulen IT, Energie und Verkehr).

MP zeigte die Vorteile auf, die bisherigen zwei Fördergebiete zu einem großen Gebiet zusammenzulegen. Zudem seien die Bereiche Tourismus, Kultur, Sprache – Bereiche, die für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit essentiell seien – im vorgesehenen Themenkatalog nicht mehr aufgeführt.

KOM begrüßte die Schaffung eines großen Fördergebietes als extrem positiv. Das habe die KOM bereits vor der letzten Programmperiode 2007 – 2013 vorgeschlagen.

Die Bereiche Tourismus, Kultur und Sprache seien nicht von einer Förderung ausgeschlossen. Mindestens 80 % der Mittel sollen im EFRE für Energieeffizienz und erneuerbare Energien,

Forschung, Innovation und KMU-Unterstützung in stärker entwickelten Regionen ausgegeben werden, Tourismus-Projekte könnten unter die KMU-Förderung oder die Innovationsfähigkeit, Kulturprojekte unter die restlichen 20 % der Mittel subsumiert werden.

RV Holst sprach die verstärkte Einbeziehung privater Unternehmen und die Verwaltungsvereinfachung an.

KOM wies hierzu auf das financial Engineering hin (*Entwurf, Entwicklung und Implementierung von innovativen Finanzinstrumenten und -prozessen*). Zudem gebe es oft in den Regionen selbst bürokratische Hindernisse.

Dabei erwähnte er auch das Instrument EVTZ als Einrichtung zur professionellen Projektbegleitung und Administration.

Für die Präsentation von best practices sei er dankbar (Open Days, Europäischer Verband der Grenzregionen als Lobby-Plattform).

RV Bach Nielsen betonte die Bedeutung der Ziel 2-Förderung für die Region.

Den in der abschließenden Gesprächszusammenfassung von MP noch einmal hervorgehobenen modellhaften Charakter der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der deutsch-dänischen Region bestätigte KOM als Gesprächsergebnis.

**Gespräch mit EU-Kommissar Lewandowsky (KOM):**

MP stellte einleitend die Entwicklung der deutsch-dänischen Grenzregion dar und sprach die Herausforderungen für die Verabschiedung der Finanziellen Vorausschau 2014 – 2020 an.

KOM zeigte die im Vergleich zu 2005 sehr schwierigen ökonomischen Begleitumstände für die Verhandlungen über die künftige finanzielle Ausstattung der EU auf. Von der dänischen EU-Ratspräsidentschaft erhoffe er sich die Ausarbeitung einer Verhandlungsbox, die Grundlage für die weiteren Verhandlungen sein solle. Aktuell müsse auf die anstehenden französischen Präsidentschaftswahlen Rücksicht genommen werden. Die Verhandlungen könnten sich bis 2013 hinziehen. Umstritten sei die notwendige Kappung der Direktzahlungen für die Landwirte unter den Mitgliedstaaten (bisher vor allem royale Begünstigte in GB). Die Direktzahlungen seien ein größerer Anteil der durchschnittlichen Einkommen der Landwirte geworden. Das Problem der fehlenden Kofinanzierung könne mit financial Engineering begegnet werden.

KOM betonte auf Nachfrage von MP den großen Einfluss der Wirtschafts- und Finanzkrise auf das Ergebnis der Verhandlungen über den Mittelfristigen Finanzrahmen.

**Gespräch mit EU-Kommissar Oettinger (KOM):**

Die Gesprächsteilnehmer stellten übereinstimmend die hohe Bedeutung der Energiepolitik fest. Der durch Windenergie produzierte Strom erfordere einen schnellen Leitungsausbau (qualitativ hochwertige Netze, die den Energieverlust absolut minimieren).

Auf Nachfrage RV Holst betonte KOM, dass es bei der Energieeffizienz-RL noch Nachholbedarf gebe, während die EU bei der Reduzierung von CO<sup>2</sup>-Emissionen und erneuerbare Energien im Plan sei. KOM sehe paneuropäische Netze als Voraussetzung für die Umsetzung der klima- und energiepolitischen Ziele an. Es sei eine neue Qualität von Strom- und Gasnetzen erforderlich. Trassen müssten frühzeitig geplant und abgestimmt werden. KOM sprach die neue Connecting Europe Facility mit den Säulen IT, Infrastruktur und Energie an (1,3 Mrd. € p. a.; Kofinanzierung von 10-50 %). Die deutsch-dänische Grenzregion sei ein gutes Beispiel für eine abgestimmte Haltung. KOM riet dazu, abgestimmte Planungen in Berlin und Kopenhagen vorzustellen.

Erforderlich sei zudem eine Infrastrukturkonferenz mit allen Beteiligten wie Netzbetreiber, Energieunternehmen, ENTSO-E, ENTSO-G. EU-Kommission (im zweiten Schritt mit Norwegen).

Die Gesprächspartner sahen abschließend die Notwendigkeit, die Forschung auf dem Gebiet der Speichertechnologie zu forcieren (KOM: 60 Tage Vorrat Öl, 30 Tage Gas, 24 Minuten Strom).

### **Gespräch mit Botschafter Dr. Peruzzo (B):**

Einleitend stellte MP die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit dar. Danach fasste er die Ergebnisse der heutigen Gespräche zusammen. MP wies darauf hin, dass die SH-Landesregierung für den Netzausbau zuständig sei, in Dänemark aber nicht die Regionen, sondern Kopenhagen.

B sah den hochaktuellen Bereich, in dem die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Regionen erfolge. Der notwendige Netzausbau („Stromautobahnen“) erfordere nach KOM-Angaben 200 Mrd. €, die vorrangig von der Wirtschaft aufzubringen seien.

Auf Nachfrage der RV betonte B, dass die Strukturfondsförderung auch in Zukunft bestehen bleibe. Dass dieser Bereich renationalisiert werde, könne er sich nicht vorstellen (Befürchtung der RV, dass DK auf Strukturfondsmittel verzichten könnte, um im Gegenzug einen Rabatt zu erhalten).

Auf Nachfrage MP betonte B die gestiegene Bedeutung des EP nach dem Vertrag von Lissabon (Mitentscheidungsgesetzgeber). Mit den neuen EP-Rechten sei die Demokratisierung Europas vorangeschritten.

Zu den Verhandlungen zum künftigen Finanzrahmen wies B auf das „Geschachere“ in der 1. Säule zwischen alten und neuen Mitgliedstaaten hin. Der Ausgleich sei sehr schwierig. Die Staats- und Regierungschefs werden letztlich entscheiden. Er erwarte von der dänischen EU-Ratspräsidentschaft eine Verhandlungsbox.

Am Rande betonte die Ständige Vertretung auf Nachfrage, mit einem großen Fördergebiet kein Problem zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

*Jes*  
  
Heinz Maurus